

Leuchttürme in Baden-Württemberg? Zur Weiterentwicklung von Bürgerbeteiligung im Land

In meinem Beitrag möchte ich drei Themen aufgreifen. Das erste berührt das „*bis hierher*“ des Tagungstitels. Die besonderen Qualitäten dessen, was in Baden-Württemberg erreicht worden ist, sollen am Anfang noch einmal kurz herausgestellt werden. Ich möchte mich dann dem „*wie weiter*“ mit einigen Fragen zuwenden, die sich m. E. aus der bisherigen Entwicklung ergeben; sie verdienen alle eine eigenständige weiterführende Behandlung. Aber nur zwei eng verbundene Fragen zum „*wie weiter?*“ möchte ich ins Zentrum meines Referats stellen. Es ist zum einen die Frage danach, wie die Beziehung von Bürgerbeteiligung und praktischem Engagement (viele sagen: ehrenamtlicher Tätigkeit) verbessert werden kann. Wie können Konzepte zur Bürgerbeteiligung ein möglichst gutes Verhältnis zu den vielen Formen des freiwilligen Engagements im Land finden, wo Bürger nicht nur mit-reden sondern selber (mit-)„machen“ wollen? Dabei spielt auch eine weitere zweite Frage mit: Welche Vorstellung von einer Politik der Beteiligung hat man? Soll sie vor allem von der Stärkung eines alle Gruppen übergreifenden Gemeinsinns geprägt sein? Oder geht es vor allem darum, Konflikte offenzulegen, Minderheiten zu stärken und gegen Andere Mehrheiten zu erringen?

I. Besondere Qualitäten der Bürgerbeteiligungskonzepte in Baden-Württemberg

Die bisher im Land entwickelten Beteiligungsvorstellungen haben m. E. fünf Merkmale, die für die besondere Qualität dieser Konzepte stehen.

Zunächst einmal gilt, dass in Baden-Württemberg Beteiligung nicht nur eine Technik von Fachpolitiken, sondern stilprägend für die Landespolitik des „gehört Werdens“ ist. Heute kennen wir in vielen Bereichen Verfahren der Bürgerbeteiligung. In der Regel sind sie aber nicht stilprägend für die jeweilige Landespolitik insgesamt. Im Unterschied dazu ist mit den Aussagen des Ministerpräsidenten Kretschmann der Anspruch erhoben worden, in allen Bereichen und politischen Debatten mehr Beteiligung wagen zu wollen. Dadurch wird aus einer fallweise angewandten Technik ein politisches Projekt und Versprechen.

Zum zweiten gilt, dass man in Baden-Württemberg bei der Strategie einer partizipativen Erweiterung der Demokratie auf die „aufgeschlossene Mitte“ der

Gesellschaft setzt. Es geht nicht darum, nur dort und dann eine Anhörung oder Stellungnahme zu erarbeiten, wenn man vom Protest bestimmter einzelner Gruppen dazu genötigt wird (oft Gruppen, die sich an den Rand gedrängt fühlen). Ausgangspunkt ist vielmehr das Selbstbewusstsein, die Skepsis, aber auch die Engagementbereitschaft, die inmitten einer Gesellschaft wie der der Bundesrepublik über Jahrzehnte herangereift ist. Das meine ich, wenn ich von „aufgeschlossener“ Mitte spreche.

Kennzeichnend ist außerdem, dass in den verschiedenen Veranstaltungen und Konferenzen im Lande Fragen der Schaffung von Öffentlichkeit und Dialog gegenüber der Fixierung auf Techniken zur Problemlösung aufgewertet werden. Damit meine ich, dass Politik nicht nur als Mittel und Zweck gesehen wird, als ein Instrument, sondern dass sie als demokratische Politik selbst ein Ziel wird, das es verdient, um seiner selbst willen verfolgt zu werden. Nicht die Frage, wie brauchbar dieses oder jenes Entscheidungsverfahren für wirtschafts- oder umweltpolitische Ziele dieser oder jener Art ist, dominiert, sondern der Anspruch, Politik so zu organisieren, dass sie mehr Freiheit und Mit-Verantwortung für Alle ermöglicht – ein Wert an und für sich.

Viertens lässt sich feststellen, dass entsprechende Entwicklungen in Baden-Württemberg in der Stadt- und Landesplanung, aber auch bei Fachplanungen mittlerweile bis an den Punkt geführt haben, an dem die Erarbeitung einer anderen, zivilen Professionalität verlangt ist. Zum Profil eines guten Fachmanns oder einer guten Expertin soll nicht nur gehören, von der „Sache“ etwas zu verstehen, sondern diese Sache auch mit den Bürgern kommunizieren zu können, oder anders, mit ihnen zu erarbeiten, „was Sache ist“. Auch deshalb wohl gibt es für Verwaltungskräfte neue Lern- und Ausbildungsangebote in Sachen Bürgerbeteiligung an einigen Fachhochschulen des Landes.

Schließlich lässt sich beobachten, dass man versucht, Wege zu einem solchen kulturellen und institutionellen Wandel nicht zu „verordnen“ sondern zu „eröffnen“. Es gibt eine lange und immer noch präsente Geschichte von Reform per Dekret, etwas, das institutionelle Hürden verringern mag, aber nicht die Einstellungen, Urteile und auch Vorurteile erfasst, die bei den Auseinandersetzungen um Planen und Entscheiden oft unser Handeln prägen. In Baden-Württemberg hingegen werden nicht einfach neue (Beteiligungs)Verfahren vorgeschrieben, sondern Möglichkeiten eingeräumt im Wissen darum, dass es eines Einstellungswandels bei den jeweiligen Akteuren vor Ort bedarf, wenn man andere institutionelle Rahmenbedingung mit Leben erfüllen will. Der neue landesweit verbindliche „Leitfaden für eine neue Planungskultur“ erlaubt es deshalb den Akteuren im Einzelfall auch, gemeinsam auf

aufwändige Partizipationskonstrukte zu verzichten, wenn etwas nicht kontrovers sein sollte.

Probleme auf dem weiteren Weg – eine Merkliste

Neue Wege zu beschreiten – und das tut man in Baden-Württemberg– ist immer risikoreich. Es beinhaltet, Herausforderungen anzunehmen, bei denen man sich nicht schon zuvor sicher sein kann, sie auch angemessen zu bewältigen.

Eine nicht nur in diesem Bundesland immer wieder gestellte Frage lautet, ob nicht eine Beteiligungsdemokratie, die auf „die Mitte“ zielt, vor allem den Mittelstand bedienen und dabei andere Gruppen vernachlässigen muss. Dazu an dieser Stelle nur zwei Bemerkungen. Fertigkeiten zu Mitsprache, selbstbewusstem Auftreten, Zeit und Interesse, sind, wie vieles andere in unserer Gesellschaft, ungleich verteilt. Aber wie weit trifft die Unterstellung zu, dass diejenigen, die davon einstweilen mehr besitzen, damit nur ihre eigenen Sonderinteressen befördern? Lässt sich nicht im Gegenteil auch beobachten, dass in der „aufgeschlossenen Mitte“ viele bereit und fähig sind, auch als Advokaten mit für diejenigen zu sprechen, die nur eine schwächere Stimme haben? Wenn z. B. an einer Schule Migrantenkinder benachteiligt werden, kann das mitunter von sensiblen und selbstbewussten Eltern aus dem „Mittelstand“ eher zur Sprache gebracht werden, als von den Eltern dieser Kinder selbst. Damit will ich Unterschiede von Fähigkeiten und Ressourcen zur aktiven Beteiligung nicht schönreden sondern nur vor dem platt materialistischen Kurzschluss warnen, dass auch in einer Demokratie jede Gruppe immer nur über ihre eigenen Interessen und Anliegen spricht.

Eine zweite mit mehr Beteiligungsdemokratie verbundene Frage wird seltener diskutiert, ist aber womöglich ebenso wichtig. Sie soll deshalb später noch einmal aufgegriffen werden. Viel von dem, was heute an Beteiligung gefeiert wird, steht für Stärkung von „Konsens-Demokratie“: es geht um Ziele bei denen Alle mitmachen sollen und eigentlich nur Böswillige oder „Ewig-gestrige“ sich verweigern. Beliebt sind Konsensverfahren wie „ein neues Leitbild für X-ingen“. Gerade angesichts der Eigeninteressen, die oft das Parteiengezänk prägen, erscheint diese Konsensorientierung als legitimes Gegengewicht. Sie kann aber auch ein Herrschaftsmittel sein, das diejenigen, die sich im Konsens nicht wiederfinden, umso stärker ins Abseits stellt. Und es muss außerdem die Frage gestellt werden, inwieweit derartige Rituale der Schaffung von Gemeinsamkeiten auch dort nachhaltige Effekte erzielen, wo Demokratie eine Frage der Gegnerschaften und Alternativen ist („für oder gegen den Bahnhof/den Nationalpark...“). Wie weit sind die heute bei vielen Beteiligungsverfahren üblichen, alle einbeziehenden

Friedensformeln auch dann noch hilfreich, wenn es um ein Entweder/Oder, ein Ja/Nein, ein Für oder Gegen geht?

Der dritte Punkt über den man mit Blick auf das Verlangen nach mehr Partizipation diskutieren muss, lässt sich etwa so formulieren: Beteiligungsdemokratie bringt neue Kompetenzen und Instrumente hervor – aber was macht, dass bei ihrer Entwicklung und Nutzung nicht wiederum jene die Nase vorn haben, denen es nur um neue Formen der Akzeptanzbeschaffung geht? Unter welchen Bedingungen kann ein weniger dezisionistischer Stil des Regierens, ein Herrschaftsmodus der Bürger stärker „einbezieht“, auch helfen, Macht anders und demokratischer zu verteilen? Solche Fragen drängen sich auf, wenn man nach Bundesstaaten wie Kalifornien schaut, wo es mitunter gang und gäbe ist, dass große Investoren geschulte Moderatoren finanzieren, Personen, die es verstehen einigermaßen glaubwürdige Verfahren der Bürgerbeteiligung zu entwickeln, dabei aber gleichzeitig dem Ziel der weitest möglichen Durchsetzung vorgefasster Ziele verpflichtet zu bleiben. Mehr Beteiligungsdemokratie beinhaltet neue Möglichkeiten, aber sie schafft nicht per se andere Machtbalancen. Was vermag die Chancen dafür zu verbessern, dass insbesondere bürgerschaftliche Akteure, die nicht käuflich oder status quo Interessen verpflichtet sind, in einer stärker auf formalisierte Beteiligungsverfahren setzenden Kultur besser dastehen?

Alles in allem: Es gibt bei einer stärker partizipativ geprägten Demokratie durchaus typische Schwachstellen, Fallstricke und offene Fragen. Aber angesichts von Chancen und Möglichkeiten sollte eine Diskussion sich darauf konzentrieren, zu identifizieren, was helfen kann entsprechende Gefahren in begrenzte und einigermaßen beherrschbare Risiken zu verwandeln.

II. Wie weiter? Die Bedeutung einer guten Beziehung von Bürgerbeteiligung und sozialem, selbst organisiertem Bürgerengagement, von Konflikt- und Gemeinnsorientierung.

Nach der Markierung einiger offener fragen zum „wie weiter?“ möchte ich mich nun einem Problemkomplex ausführlicher zuwenden. Er betrifft die Herausforderung, heute bei Beteiligungskonzepten möglichst viel von dem zu aktivieren und einzubeziehen, was oft mit dem weiten und offenen Begriff „Engagement“ angesprochen wird. In zwei Richtungen, einer vertikalen und horizontalen, lässt sich das weite Feld von Engagement ausdifferenzieren. Es zeigt sich dabei, dass das, was man zumeist am ehesten mit Bürgerbeteiligung gleichsetzt, die Mitsprache, nur eine von vielen Formen des Engagements bildet. Wenden wir uns zunächst der

einen – wenn man so will - „vertikalen“ Linie zu, entlang derer sich unterschiedliche Engagement- und Beteiligungsformen verorten lassen

Engagement zwischen politischer Beteiligung und Freiwilligenarbeit

Bürger engagieren sich in vielen Formen. Eine von ihnen - und sie wird in der Partizipationsdebatte zumeist herausgestellt - ist die Beteiligung durch das Mit-Reden, bei öffentlichen Versammlungen, in Ausschüssen und Beiräten zu Stadtgestaltung und Planung oder der Mitsprache bei der Führung von Einrichtungen wie Schulen. Dem gegenüber steht am anderen Ende einer Spannungslinie eine ganz andere Form des sich Engagierens. Es ist das freiwillige Engagement des praktischen Anpackens, des Helfens, der Fürsorge, organisierter Solidaritäten und materieller Hilfeleistungen. Es zeigt sich bei Sozialprojekten, der Organisation von Tafeln, bei Bürgerstiftungen, Fördervereinen oder Energiegenossenschaften. Hier geht es nicht zuerst um Möglichkeiten des Mitredens bei dem, was dann andere kompetent ausführen sollen, sondern um Räume für das selbst Organisieren und in Szene setzen.

Langezeit war es ein Charakteristikum der bundesdeutschen Debatten, unter der Überschrift „bürgerschaftliches Engagement“, beides zusammenzudenken. Das vielberufene Gutachten der Enquetekommission des deutschen Bundestages zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements von 2002 wollte unter dieser Überschrift die Möglichkeiten für beides, Mitsprache und Mitarbeit, politische Partizipation und „Ehrenamt“, verbessern helfen. Heute allerdings wird beides wieder zunehmend getrennt verhandelt. Auf der einen Seite gibt es die Traditionen des Ehrenamtes und neuerer Formen des sozialen und umweltbezogenen Engagements, wie etwa bei den Senioren- und Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg. Auf der anderen Seite gibt es die spätestens nach Stuttgart 21 wieder aufgeflamnte Debatte um mehr Bürgerbeteiligung. Prüfen sie selbst mit Blick auf Baden-Württemberg, inwieweit beide Stränge sich heute verselbständigt haben. Wieviel hat es noch mit Partizipation zu tun, wenn man von der „Stärkung des Ehrenamts“ spricht? Und wie weit nimmt man noch die Projekte und Organisationen wahr, in denen sich Bürger ganz praktisch und gemeinsam engagieren, wenn man von der Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger spricht

Es gibt aber auch noch eine zweite, quer zur gerade beschriebenen ersten Linie stehende horizontale Spannung, entlang derer sich Beteiligungs- und Engagementformen differenzieren lassen.

Engagement zwischen Aufbegehren und Pflege des Gemeinsinns

Abhandlungen zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und des freiwilligen Engagements vernachlässigen in der Regel, dass die Formen des beteiligt und engagiert Seins ganz unterschiedlich, ja oft geradezu konträr orientiert sind.

- Viele Formen des selbstorganisierten Engagements und der Bürgerbeteiligung wollen Gemeinsinn und weithin tragende Institutionen stärken und pflegen – z.B. durch die Alltagsarbeit von Elternbeiräten, Nachbarschaftshilfen oder eine partizipative Leitbild-Entwicklung für die örtliche Gemeinde; man will herausstellen was man trotz aller Unterschiede und Gegensätze teilt und wo ein solcher Gemeinsinn und das entsprechende „Wir“-Gefühl versöhnen kann, statt zu spalten
- Andere Formen von Engagement und Beteiligung hingegen entzünden sich an Kontroversen um Kultur, Macht und Ressourcen, an Fragen von Privilegierung und Diskriminierung – z.B.: bei Asyl, Migration, Stadtentwicklung. Wortmeldungen, Proteste und Beteiligungsbegehren leben hier sehr viel stärker von der Zuspitzung von Widersprüchen, dem Kampf um die Erringung von Mehrheiten – etwas, das immer auch eine mögliche Niederlage der anderen Seite einschließt.

Bei Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, der Mitarbeit in Stiftungen, lokalen Sozialinitiativen mischen sich zumeist in ganz unterschiedlicher Weise die hinter den zwei Orientierungen stehenden unterschiedlichen Auffassungen von Politik. Die eine betont vor allem was verbindet, den Wert von Bürger- und Gemeinsinn quer zu Lagern und Interessengruppen; die andere will Demokratie und Pluralismus vor allem nutzen, um Änderungen von Kultur und Macht zu erreichen, mehr Anerkennung von Forderungen und Lebensweisen, die in der mehrheitlichen Tradition gering geachtet wurden, sei es im Umgang mit Natur oder in Sachen „Multi-Kulti“. Forderungen nach Mitsprache und selbst organisierte Projekte, beide können also eher im Zeichen von Gemeinsinn oder von Konflikt, von Bewahrung oder von Aufbruch stehen. Dass sich beides nicht ausschließen muss, ist leicht einzusehen; aber der gesellschaftliche und politische Alltag zeigt auch, wie schwer es ist, beides zu vermitteln.

Meine These ist nun zunächst, dass in diesem weiten Feld zwischen (a) politischer Mitsprache und engagierter Freiwilligenarbeit und zwischen (b) Pflege des Gemeinsinns und des Kampfes um neue Mehrheiten für Veränderung Vermittlung möglich und notwendig ist, politische Konzepte diese Aufgabe aber zu wenig wahrnehmen. Und ich möchte zeigen, dass trotz des Auseinanderfallens von Diskursen um Bürgerbeteiligung hier und „ehrenamtlichem“ Engagement dort es in

der Praxis viele nützliche Vermittlungen beider gibt. Ähnliches gilt für die Beziehung von Konflikt- und Gemeinnsinns-orientierung.

Diese beiden Behauptungen möchte ich im Folgenden an Beispielen aus Baden-Württemberg illustrieren, die ich der großen Sonderbeilage des Staatsanzeigers, der Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg entnommen habe. Darin wurden im Herbst 2013 mehr als 130 Projekte als „Leuchttürme der Bürgerbeteiligung“ präsentiert.

„Alltagsdemokratie“: Durchlässige Grenzen von politischer Mitsprache und sozialem Engagement, Suche nach Konsens und besseren Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung

Lassen sie mich aus den etwa 130 Beispielen von „Leuchttürmen der Bürgerbeteiligung“, die im Staatsanzeiger des Landes vorgestellt werden, acht Projekte herausgreifen.

Tübingen – „Vom Kasernengelände zum Stadtquartier“: Unter diesem Titel geht es um ein komplexes Projekt der Aufwertung eines sozialen Brennpunktes. Beratung der Bürger und Einwohner und neuartige von Engagement mitgetragene Angebote der nachbarschaftlichen Selbsthilfe, aber auch Beteiligung und Mitsprache in den Arbeitsgruppen zu Problemschwerpunkten im Quartier, deren Ergebnisse in Wohnerversammlungen vorgestellt wurden, sind Teil des Konzepts. Mitsprache und praktische Mitarbeit in Projekten gehen hier zusammen aber auch die Suche nach Konsens und nach neuen Möglichkeiten, strittige Punkten austragen zu können, denn „in einem Quartier mit Menschen aus 20 Nationen gibt es auch Zündstoff“.

Bei der „*Genossenschaft Weiler-Wärme eG*“ in Pfalzgrafenweiler geht es wie bei allen Genossenschaften nicht um Partizipation an der Politik und Verwaltung; ein lokales Holzhackschnitzelkraftwerk wird von der Genossenschaft so genutzt, dass damit auch Wärme in die Häuser des Dorfes geleitet werden kann. Gleichwohl setzt diese Selbsthilfeorganisation im Umweltbereich ein gewisses Maß an Politisierung voraus. „Öffentlichkeits-bewusst in Pfalzgrafenweiler“ lautet eines der Schlagwörter, mit denen man operiert und sich das Vertrauen der Bürger erarbeitet hat. Dank ihrer Beteiligung wird das zehn Kilometer lange Leitungsnetzwerk fast täglich länger. Wer will entscheiden, ob es hier mehr um Partizipation oder mehr um Selbsthilfe-management geht, mehr um die Suche nach Konsens oder die Aufgabe, ein anderes Umweltverhalten zu kultivieren, mit dem man traditionellen Einstellungen etwas entgegenzusetzen vermag?

„Netzwerk für Gartenprojekte im Zollernalpkreis“ entstanden aus dem gemeinsamen Bemühen einiger engagierter Fachleute, wie dem eines Kreisökologen und vieler ehrenamtlich Beteiligten aus den vorhandenen Obst- und Gartenbauvereinen. Unter dem Motto „mitmachen, blühen lassen“ wollen sie Renaturierungsprojekte voranbringen, die ökologische Vielfalt sichern und wiederherstellen sollen. Wenn man sich an diesem Projekt beteiligt, ist das sicherlich nicht etwas, was man sich üblicherweise unter Bürgerbeteiligung vorstellt; es geht eher darum, Spielräume zu nutzen, die Politik und Verwaltung lassen. Demokratie und Beteiligung nähren sich hier von der Stiftung gemeinsamer Möglichkeiten; Konflikte, wie sie anderenorts um einen Nationalpark aufflammen, scheinen hier fern

Die „Initiative Roter Faden“ in der Gemeinde Kernen ist das Projekt einer städtisch unterstützten Lernbegleitung in kritischen Lebensphasen für Schülerinnen und Schüler, die darauf besonders angewiesen sind; offensichtlich besser gestellte Akteure bieten als Lese- und Sprachpaten insbesondere in Familien mit Migrationshintergrund den dortigen Kindern Hilfe an. Es ist eine fast schon klassische ehrenamtliche Initiative, bei der das Thema der Wettbewerbsausschreibung, nämlich Bürgerbeteiligung, offensichtlich verfehlt wird. Oder sollte man es als Aufforderung lesen Beteiligung anders zu verstehen? Dann allerdings hätte es hier einen ausgewiesenen Platz.

Ähnliches könnte man von zwei weiteren im Katalog Baden-Württemberger Leuchttürme der Bürgerbeteiligung aufgeführten Projekten behaupten: dem Projekt „Bürgerbahnhof Leutkirch“ und dem Projekt „Bahnhof Sulzfeld“. In beiden Fällen haben Bürgergenossenschaften Bahnhofsgebäude restauriert und versuchen, sie neuen für die Gemeinde zweckdienlichen Aufgaben zu öffnen; das schließt in Leutkirch auch die Aufgabe ein, Nutzflächen zu vermarkten. In Sulzfeld lebt das Projekt von der freiwilligen Mitarbeit von etwa siebzig Gewerbetreibenden, Handwerkern, Lehrern und Bankkaufleuten. Das hat sicherlich viel mit Gemeinsinn zu tun, mit Bürgerstolz, und lokalen Bindungen – sozialem Kapital, auf das lokale Politik angewiesen ist. Aber auch hier gilt die Frage: Ist „Bürgerbeteiligung“ der passende Überbegriff, wenn man solche Formen von Engagement mit einschließen will?

Der „Pfinztaler Familientreff“ organisiert an der Nahtstelle von Geselligkeit und Dienstleistung mit Ehrenamtlichen aller Generationen Angebote zur Betreuung von Kindern bis drei Jahren. Familien finden Raum zusammen zu kommen, sich wechselseitig bei der Alltagsbewältigung zu unterstützen, aber auch Kurse für Interessierte anzubieten. Hier würde wahrscheinlich jeder von sozialem Engagement in der Nachbarschaft sprechen. Ein Grund dieses Projekt aus einem Katalog von

Projekten der Bürgerbeteiligung auszuschließen, oder ein Grund, die landläufige Trennung von „politischer“ Beteiligung und „sozialem“ Engagement zu überdenken?

„Offene Bürgerschulen“ nennt sich ein Projekt Netzwerk, das in allen Teilen des Landes Baden-Württemberg agiert. An den sechs Standorten der Modellprojekt-Schulen kommt vieles zusammen: die Schaffung von mehr Gelegenheiten für örtliche Vereine, etwa im Sport- und Kulturbereich, die Angebotspalette von Schulen und den eigenen Aktionsbereich für die Gewinnung von Mitgliedern zu erweitern; eine gemeinsame Zielsetzung in Richtung auf Stärkung bürgernaher zum örtlichen Sozialraum hin offener Ganztagsangebote; die Nutzung von Möglichkeiten rund um Schule Beteiligung aller Art zu fördern: die von Vereinen, Unternehmen, Eltern und Fachleuten, Beteiligung als Dialog mit politisch und administrativ Verantwortlichen, aber auch als das Einbringen vorhandener Ressourcen der lokalen Bürgergesellschaft. Meines Erachtens ist ein solches Projekt genau im Schnittpunkt beider Spannungslinien angesiedelt - der zwischen Beteiligung als Mitsprache und als freiwilliger selbst organisierter Mitarbeit und der zwischen einem Projekt, das Konsens zu einem neuen Verständnis von Schule schaffen, sich aber mit seiner Namensgebung auch deutlich von einer Tradition der staatlichen Schulanstalt und ihrer Anhänger ablösen will.

Eine ähnliche Mittelstellung und Vermittlerrolle lässt sich am Beispiel von „Fesa e.V., dem Verein für erneuerbare Energien, Freiburg“ veranschaulichen. Er ist eine Drehscheibe für innovative Projekte und Netzwerke zur Erlangung von Energieautonomie in einigen Gemeinden des Freiburger Umlandes. Es geht um Klimaschutzkonzepte, Projekte für Nahwärme, Solarenergie und Blockheizkraft. Eine neu gegründete Bürgerenergiegenossenschaft ist ebenso dabei wie verschiedene AGs, die öffentliche Veranstaltungen organisieren. Das Agieren in AGs und Öffentlichkeit, innovative technologische Projekte und Vorsprache bei Behörden, Politikern und Fachleuten sind ein sprechendes Beispiel dafür, dass es in der Realität viel Raum zwischen politischer Partizipation und Engagement für ein technologisches Projekt, zwischen der Suche nach neuen Mehrheiten für Projekte der Energiewende und nach Möglichkeiten, auch bisherige Gegner mitzunehmen, gibt.

Was mit Blick auf Entwicklungen im Land und die Strategie des Staatsministeriums gezeigt werden sollte, lässt sich in zwei Feststellungen verdichten:

- Unter dem vieldeutigen Begriff der „Bürgerbeteiligung“ dominieren vielfach Projekte der Vitalisierung von Gemeinsinn - etwa die Erarbeitung von Leitbildern zur Gemeindeentwicklung; kaum sichtbar werden umstrittene und hoch kontroverse Projekte, wo Demokratie und Beteiligung eine Frage der Findung ziviler Formen „Siege“ zu erringen und mit „Niederlagen“ umzugehen sind - so wie bei Stuttgart 21 und Fragen eines Nationalparks im

Schwarzwald. Bei einigen Projekten, kann man sich allerdings gut vorstellen, wie sich daran am Ort „die Geister geschieden“ haben. Sie versuchen, beides zusammenzubringen: die Ablösung traditionell vorherrschender Praktiken und den Appell an geteilte Tradition und Konsenssuche. Vielleicht ist gerade das innovativ.

- Viele Projekte sind Beispiele für eine lebendige Demokratie der Beteiligung durch Mitsprache; aber in vielen Projekten verschränken sich Formen des Dialogs eng mit Aufbau und Unterhalt selbst organisierter Leistungen und Angebote, getragen von ehrenamtlicher freiwilliger Mitarbeit. Augenfällig ist eine Vielfalt von Konstellationen, bei denen sich immer wieder politische Beteiligung und „Ehrenamt“ bedingen. Ist aber nicht auch gerade dies innovativ?

III. Schlussfolgerungen: Vier Thesen zur weiteren Diskussion

1. Das Engagement der Bürger für das Gemeinwesen hat viele Formen; zum einen reichen sie von der eigenen aktiven Leistungsbeteiligung, organisierter Hilfsbereitschaft und Solidarität bis hin zur Beteiligung in Form des Debattierens und der Mitsprache; zum anderen können Engagement und Beteiligung eher darauf zielen, Gemeinwesen zu stärken, oder auch darauf, Machtfragen und Konflikte offen anzusprechen.
2. Politische Beteiligung und ehrenamtliches Engagement haben oft nicht viel miteinander zu tun: Bei der Streckenführung von Stromtrassen geht es nicht ums Selber-machen und viele Vereine und Projekte wollen von „der Politik“ eher einen garantierten Freiheits- und Sicherheitsraum als mehr Sitzungen in Beteiligungsgremien. *In vielen Fällen jedoch findet man heute ein Wechselspiel, wo „Bürgerbeteiligung“ und „freiwilliges soziales Engagement“ zusammenwirken; hier geht es gleichzeitig um die demokratische Seite des Gemeinwesens im Sinne von Mitsprache und um seine sozial(staatlich)e Seite, im Sinne der Mitverantwortung für zukünftige soziale Leistungen.*
3. Die Bewältigung der großen Aufgabe, „das Verhältnis von Markt, Staat und Bürgergesellschaft neu zu ordnen“ (Kretschmann) hat also eine demokratische Dimension („Gehörtwerden“), sie hat aber auch eine soziale, wirtschaftliche und umweltbezogene Dimension (soziales Engagement, das von Mitverantwortung in Erziehung und Pflege bis zu neuen Wirtschaftsformen, z.B. in Sachen Energie, reicht). *Gemessen an den eigenen Ansprüchen wäre Politik in Baden-*

Württemberg gut beraten, wenn sie Konzepte der Bürgerbeteiligung und selbst organisierte Leistungen der Bürger gleichermaßen wertschätzt und bewusst aufeinander bezieht.

4. Ein Wandel in dieser Richtung wirft nicht nur aber auch in Baden-Württemberg immer wieder Fragen von Macht und von Entscheidungen zwischen umstrittenen Alternativen auf. Die demgegenüber oft vorwiegende Ausrichtung von Projekten zur Bürgerbeteiligung an der Stärkung von Gemeinsinn und Einbezug möglichst Aller kann trotzdem hilfreich sein. Denn *die Entwicklung neuer Gemeinsamkeiten und weithin geteilter Leitbilder von „Engagement“, „Partizipation“ und „Entwicklung“ könnte helfen, mit oft unvermeidbaren Konflikten, mit Siegen und Niederlagen in politischen Auseinandersetzungen ziviler und versöhnlicher umgehen zu lernen.*

Der Vortrag wurde von Prof. Dr. Adalbert Evers bei der durch die baden-württembergische Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler initiierten Tagung, „Bis hier her und wie weiter“?- eine Zwischenbilanz zur Bürgerbeteiligung in Baden Württemberg, am 12. Februar 2014 in der Evangelischen Akademie Bad Boll gehalten. Eine Tagungspublikation mit weiteren Beiträgen u.a. von Gisela Erler und Prof. Dr. Dr. Ortwin Renn, erscheint Anfang September. Informationen dazu erteilt Hannes Wezel, Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung am Staatsministerium Baden-Württemberg: Hannes.Wezel@stm.bwl.de

Adalbert Evers war bis Herbst 2013 Professor für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Gegenwärtig arbeitet er u.a. als senior fellow am Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) an der Universität Heidelberg. Seine Schwerpunkte sind Theorien des Sozialstaats und der Sozialpolitik, Dritter Sektor und Zivilgesellschaft, persönliche soziale Dienstleistungen im internationalen Vergleich, Governance Konzepte, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: Adalbert.Evers@uni-giessen.de